

Betreffzeile: Anfrage zu Global Digital Compact

Sehr geehrte/r.....,

Am 22. und 23. September findet in New York ein UN-Zukunftsgipfel statt, der maßgeblich von der deutschen Regierung vorbereitet wurde. Ein Globaler Digitalpakt soll u.a. verabschiedet werden, der unter fast völligem Ausschluss der Öffentlichkeit und – soweit ich weiß – der Parlamente, bereits ausverhandelt wurde.

Mit dem Global Digital Compact sollen alle Menschen in eine von den Digitalkonzernen kontrollierte Welt gezwungen werden. Weder die UN, noch die in die Vorbereitung des Gipfels maßgeblich eingebundene deutsche Bundesregierung haben sich ernsthaft bemüht, die Öffentlichkeit über die geplanten Maßnahmen zu informieren, oder dieses gar in Parlamenten und Medien diskutieren zu lassen. Die meisten Menschen kennen dieses Vorhaben überhaupt nicht. Das erklärte Ziel ist „eine digitale Zukunft für alle“.

Was nicht im Vertrag steht – hier nur mal einige Beispiele -, wo bleibt das Recht selbst darüber entscheiden zu dürfen, viele seiner Angelegenheiten auf althergebrachte Weise ohne Computer regeln zu können. Niemand soll wählen dürfen, dass seine Kinder von Lehrern statt von Computern unterrichtet werden, oder dass Gespräche mit dem Arzt und Behandlungen ein Geheimnis bleiben, statt auf die Server der IT-Konzerne gepackt zu werden. Deshalb stelle ich Ihnen die folgende Frage:

In wieweit haben Sie über die Inhalte dieses Paktes Kenntnis und hat der Deutsche Bundestag über diesen Pakt diskutiert und abgestimmt?

Als Abgeordnete/r des Deutschen Bundestages sind Sie Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind verpflichtet, nur die Interessen der deutschen Bevölkerung und nicht der IT-Konzerne zu vertreten. Deshalb wurden Sie gewählt. In diesem Fall müssen Sie sich für die Bewahrung der Wahlfreiheit der Menschen einsetzen, die die Aufgabe der Politik ist. Deshalb verlange ich, dass Sie, als Vertreter meiner Interessen, die Bundesregierung auffordern, diesem Vertrag **nicht** zuzustimmen.

Nach Artikel 17 Grundgesetz bin ich berechtigt, mit Bitten und Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Das schließt ein, dass Sie mir auch eine Antwort geben. Da die Zeit drängt und Sie nur meine Interessen vertreten sollen, fordere ich Sie auf, mir bis zum 28. September 2024 eine sachliche Antwort auf meine Frage zu geben. Ich habe das Recht zu erfahren, ob Sie sich für meine Wahlfreiheit einsetzen oder den Interessen der IT-Konzerne dienen.

Mit freundlichen Grüßen
Name und Kontaktdaten